issn 1027-8303
FOLGE 108 AUGUST 2007 27. JAHRGANG
Kostendeckung durch Spenden

Neue Argumente

www.arge-ja.at

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie

In dieser Ausgabe:

- **Die Gewinne für die Konzerne, die Haftung für den Stuerzahler.** *Der Gesetzesentwurf für ein neues Umwelthaftungsgesetz wurde auf Intervention der Industrielobby dramatisch geändert.* **Seite 1**
- **So wird jede Umwelthaftung zum Phantom:** *Der Rechtsexperte Christoph Palme zum Umwelthaftungsgesetz. Von Klaus Faißner* **Seite 2**
- **Klage gegen die Privilegierung der Atomenergie** *Der Europäische Verband Erneuerbarer Energieerzeuger hat beim EuGH Klage gegen die EU-Kommission eingereicht. Anlaß ist die Finanzierung des neuen finnischen Atomkraftwerks* **Seite 3**
- **Der Einsatz von Uranwaffen - ein Verbrechen:** *Schwere Gesundheitsschäden und eine Verseuchung der Umwelt für unabsehbare Zeit sind die Folgen der von der USA und ihren Verbündeten im Irak, Jugoslawien und Afghanistan eingesetzten Munition* **Seite 4**
- **Die Klärung der Donau und andere Klarstellungen** **Seite 6**
- **Alexander Tollmann ist im August verstorben** *Ein Nachruf mit Erinnerungen von Tobias Kühne* **Seite 7**

Industrie macht Umwelthaftungsgesetz:

Die Gewinne für die Konzerne, die Haftung für den Steuerzahler

Der Umweltminister wollte ein strenges Umwelthaftungsgesetz machen. Doch auf Druck der Industrielobby wurde die Gesetzesvorlage tiefgreifend geändert. Wer darf nun für Umweltschäden zahlen? Genau - die Allgemeinheit.
Im Mai passierte die Gesetzesvorlage den Ministerrat, und noch im Juni sollte das Gesetz beschlossen werden. Nur dank massiver Proteste wurde die Entscheidung bis nach der Sommerpause verschoben.

Die Industrie jubiliert: Ein ökologisch und ökonomisch durchaus sinnvoller Gesetzes-Entwurf von Umweltminister Josef Pröll wurde nach der Begutachtung auf Intervention der Wirtschaftskammer dramatisch geändert. Ein durchgesickertes E-mail der Wirtschaftskammer gibt tiefe Einblicke darüber, wie in Österreich Lobbying zum Schaden der Allgemeinheit betrieben wird.

"*Wir konnten die wichtigsten unserer Anliegen durchsetzen*", und es sei notwendig "*derzeit **keine Pressearbeit** zu diesem Thema zu machen*", heißt es in dem internen E-Mail an die wichtigsten Vertreter der Wirtschaftskammer, der Fachverbände und an Industrieunternehmen wie OMV oder Verbund. Verschickt wurde es am 9. Mai, wenige Stunden nachdem der Ministerrat ein völlig anderes Umwelthaftungsgesetz passieren ließ als ursprünglich geplant war. Insgesamt werden in der E-Mail der Wirtschaftskammer elf "Verbesserungen" aufgelistet. Von besonderer Tragweite sind folgende Punkte:

- Die Beweislast wird umgekehrt: Nicht der Betreiber muß seine Unschuld beweisen, sondern die Behörde muß schuldhaftes Verhalten nachweisen, was im Einzelfall (etwa bei der Gentechnik) sehr schwer sein kann.

- Die Betreiber müssen entgegen dem ursprünglichen Entwurf keine finanzielle Rücklagen für eventuelle Schadensdeckung mehr anlegen.

- Beschwerderechte von BürgerInnen, Bürgerinitiativen und NGOs sind unzureichend.

- Ursprünglich sollte der Verursacher eines Umweltschadens in jedem Fall für die Kosten der Sanierung aufkommen. Stattdessengibt es nun eine Übernahme der Kosten durch den Staat, wenn für die zum Schaden führende Anlage oder Tätigkeit eine behördliche Genehmigung vorliegt

oder "nach Stand der Wissenschaft" kein Schaden zu erwarten sei.

Diese Formulierung bedeutet insbesondere für die Österreich nur versteckt agierende Gentechnik-Lobby einen Sieg: denn im Schadensfall wird sowohl der Gentechnik-Konzern als auch der verantwortliche Bauer aus jeder Haftung entlassen, falls eine behördliche Genehmigung für den Anbau vorliegt und die Auflagen eingehalten wurden. Denn "der Stand der offizielle Wissenschaft" ist ja nach wie vor, daß die Gentechnik am Acker ungefährlich ist.

In seiner vorliegenden Form wird dieses Gesetz gerade das nicht erreichen, was sein Sinn wäre: Riskante Projekte - zu denen ja kein Unternehmer gezwungen wird - durch die drohende Haftung von vornherein zu unterbinden, DAMIT IN JEDEM FALL DIE BEVÖLKERUNG GESCHÜTZT IST!

Wenn Sie es untragbar finden, daß Umweltgesetze von der Industrie gemacht werden, schreiben Sie Leserbriefe an Zeitungen und protestieren bei den zuständigen Politikern per Telefon, Fax oder Brief. Wenden Sie sich auch an ihre regionalen politischen Stellvertreter und Medien!

Kurier: Lindengasse 52, 1072 Wien, Fax: 01-521 00-2257

Standard: leserbriefe@derStandard.at Fax: 01-53 170-484 Wallnerstraße 8, 1010 Wien

Die Presse: leserbriefe@diepresse.com Hainburger Straße 33, 1030 Wien

Kronenzeitung: leser@kronenzeitung.at A-1190 Wien, Muthgasse 2

Lebensministerium, Stubenring 1, 1012 Wien Tel.:01-711 00-0 Fax: 01/ 711 00-2140

Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer, Ballhausplatz 2, 1014 Wien Tel.:01-53 427 Fax.: 01-53 427-477

Vizekanzler Mag. Wilhelm Molterer, Ballhausplatz 2, 1014 Wien, Fax: 01-512 6200

SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr, Fax: 01-40130-3729, Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Staatssekretär Dr. Christoph Maznetter (SPÖ) Fax: 01-514 33-1170;

SPÖ Bundesparteileitung: Löwelstr.18, 1016 Wien; Tel:01-53 427, Fax: 01-53 59 683

Arbeiterkammer: Tel: 01/50165-0, Prinz Eugen Strasse 20-22,1040 Wien

Klubchef Dr. Josef Cap: Fax 01/40110 3455, Dr. Karl Renner-Ring 3,1017 Wien

ÖVP Bundesparteileitung: Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, Tel.: 01- 40126-0 Fax: 01/ 40126-109

Der Grüne Klub im Parlament Dr.-Karl-Renner-Ring 1-3, 1017 Wien, Fax: 01/40110-6885

Protestbrief der Arge an Bundeskanzler Gusenbauer: www.arge-ja.at/herunterladen/umwelthaftungsgesetz_gus.pdf

Das E-Mail der Wirtschaftskammer: www.arge-ja.at/umwelthaftungsgesetz.html

Die Gesetzesvorlage: www.parlament.gv.at/portal/page?_pageid=908,4948700&_dad=portal&_schema=PORTAL

So wird jede Umwelthaftung zum Phantom

Von Klaus Faißner

Wenn Politiker der großen Koalition - insbesondere der ÖVP - behaupten, Österreich hätte gar nicht die Möglichkeit ein strengeres Umwelthaftungsgesetz (UHG) zu beschließen, so ist das eine Lüge. Ganz im Gegenteil: Österreich hat offensichtlich versucht, als erstes Land der EU von den in der EU-Richtlinie enthaltenen Ausnahmeregelungen zur totalen Verwässerung der Umwelthaftung Gebrauch zu machen. Der Jurist ***Christoph Palme*** vom Institut für Naturschutzrecht in Tübingen, einer der international versiertesten Experten auf dem Gebiet der Umwelthaftung, läßt kein gutes Haar am österreichischen Gesetzesentwurf:

"*Wenn dieses Gesetz so durchkommt, bedeutet es de facto das Ende jeder Umwelthaftung, insbesondere für GVO, bevor sie überhaupt begonnen hat. Die sog. permission defense bedeutet im Endeffekt nichts anderes als eine Freistellung von der Haftung. Denn nach dieser Normalbetriebeinrede sollen Schäden, die durch den üblichen zugelassenen Betrieb einer Anlage entstehen, zu keiner Haftung führen. Beispiel: Sie bringen eine gentechnisch veränderte Pflanze auf den Markt, die von der Europäischen Lebensmittelbehörde genehmigt wurde. Entstehen durch diesen GVO Schäden in der Natur, etwa durch Verdrängung anderer Arten, haftet das Gentechnik-Unternehmen dafür nicht.*"

Ähnlich verhalte es sich mit der Abwälzung des Entwicklungsrisikos, erklärt Palme: Demnach "*sollen diejenigen Schäden, die bei den Risikostudien als unwahrscheinlich angesehen werden, nicht vom Betreiber getragen werden. Beispiel: bei der Zulassung eines GVO ergeben die von Monsanto durchgeführten Studien, daß es wahrscheinlich nicht zu Biodiversitätsschäden durch das Produkt kommen wird. Kommt es nun aber doch zu Schäden, ist Monsanto aus der Haftung raus. Mit diesen zwei Freistellungen wird jede Umwelthaftung zum Phantom.*"

Aber es kommt noch dicker, deckt der Experte auf: "EU-rechtlich kann zwar die Haftung des Betreibers ausgeschlossen werden, nicht aber die Verpflichtung zur Sanierung der Schäden. Beispiel: kommt es in den genannten GVO-Fällen zu Schäden, sind sie trotzdem zu beheben. Nur zahlt die Zeche hierfür eben der Staat: Privatisieren von Gewinnen - sozialisieren von Schäden."

Klage gegen die Privilegierung der Atomenergie

Vor den Gesetzen des Marktes sind alle gleich. Doch manche sind gleicher als die anderen. Gegen die angeblich so hohe Förderung Erneuerbarer Energien wird laut lamentiert, während die Atomenergie still und leise enorme Subventionen einsackt. Der Europäische Verband Erneuerbarer Energie-Erzeuger EREF hat daher nun gegen die EU-Kommission eine Klage beim europäischen Gerichtshof eingereicht wegen der einseitigen Bevorzugung der Kernenergie. Anlaß ist die Finanzierungsweise des neuen finnischen Atomreaktors Olkiluoto.

Das neue finnische Atomkraftwerk wurde von dem finnischen Stromversorger TVO in Auftrag gegeben und soll von dem französischen Areva-Konzern und von Siemens zu einem Festpreis von 3,2 Milliarden Euro gebaut werden. Die Hälfte dieses Betrages, 1,6 Mrd. Euro, werden von einem Kredit eines Bankenkonsortiums mit dem Dumping-**Zinssatz von WENIGER ALS 2,6%** finanziert. Dies ist der vertraglich vereinbarte Maximalzinssatz der nach unten hin flexiblen Zinsrate. Das entspricht ungefähr der Hälfte eines marktüblichen Darlehens für einen mit "AAA"-Bonität bewerteten Kreditnehmer. Das Unternehmen TVO wurde allerdings von der international anerkannten Rating-Agentur *Standard & Poor's* nur mit der Bonität "BBB" bewertet. Außerdem stellte die Agentur unlängst fest, das Kreditrisiko für Kernkraftwerke sei aufgrund schwer vorhersehbarer Kosten, unberechenbarer Gefahren und schlechtem Image der Branche nach wie vor zu hoch[1].

An der Kreditvergabe beteiligt sind auch staatliche Banken wie die Bayrische Landesbank. Außerdem hat die französische Regierung über die staatliche Exportkreditagentur COFACE den **zweithöchsten je gewährten Exportkredit** von 570 Mio. Euro gewährt, obwohl Exportkredite innerhalb der EU bisher als illegal betrachtet wurden, weil ihr Sinn ja in der Absicherung von Projekten in unsicheren Drittländern liegt. Daher hat der **Europäische Verband Erneuerbarer Energieerzeuger EREF** am 26.3.2007 eine Klage beim EUGH gegen die EU-Kommission eingebracht wegen des Verdachts auf Gewährung illegaler staatlicher Beihilfen. Ziel der Klage ist zu zeigen, daß die Atomindustrie keine wirtschaftliche Technologie ist, weil sie hoch subventioniert wird. Der Kraftwerksbau in Finnland zeigt, daß Atomkraftwerke nicht unter normalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gebaut werden können.

Neben Subventionen und staatlichen Garantien besteht eine weitere einzigartige Bevorzugung in der Begrenzung der Haftung für Atomunfälle auf maximal 700 Mio. Euro. Die IAEO hat aber Folgekosten der Katastrophe von Tschernobyl mit 13,6 Mrd. Euro berechnet. Diese Marktverzerrung durch die Bevorzugung der Atomkraft bewirkt eine Benachteiligung der erneuerbaren Energien. Eine US-Studie aus dem Jahr 2000 hat ergeben, daß seit der Nachkriegszeit eine Kilowattstunde Atomstrom mit 15,3 Cent gefördert wurde, für Windstrom gab es hingegen nur 0,46 Cent je Kilowattstunde.[2]

Der Klage beim EUGH war eine formelle Beschwerde bei der EU-Kommission bereits im Jänner 2005 vorausgegangen, deren Behandlung die Kommission zunächst verschleppt hatte. Erst nach Einbringung einer Untätigkeitsklage wurde die Beschwerde schließlich als unbegründet abgewiesen. Die erste mündliche Verhandlung beim EUGH zur aktuellen Klage wird nicht vor einem Jahr erwartet, ein Urteil frühestens in zwei Jahren.

Ja sind nicht vor den "Gesetzen des Marktes" alle gleich? Es zeigt sich: wo die Mächtigen unter sich sind - Banken, Konzerne und Politik - sind mache eben gleicher als die anderen.

(1) Gerhard Waldherr "Olkiluoto3", in: brand eins 6/2006, www.brand-eins.de
(2) Martin Kugler in "Die Presse", 31.5.2007

Buchtipp: Updating international Nuclear Law

In den (englischen) Beiträgen von 24 international renommierten Juristen und Wissenschaftlern wird gezeigt, wie die Atomindustrie durch zahlreiche Regelungen der europäischen Staaten begünstigt wird, wie bei der Einschätzung der Gefährlichkeit von Dauerbelastung durch niedere Dosen von Radioaktivität eine gezielte Unterschätzung stattfindet, die Risikokalkulation um Faktor 100 verfälscht wird, völkerrechtliche Aspekte und vieles mehr. TB, 510 Seiten. Hrg. H. Stockinger u.a., BWV/NWV/Intersentia, Wien u. Graz 2007 ISBN 978-3-7083-0449-6

Der Einsatz von Uranmunition - ein Verbrechen

Seit dem Golfkrieg 1991 verwenden die USA und ihre Verbündeten Geschoße aus abgereichertem Uran (DU-Munition). Im Irak und am Balkan wurden hunderte Tonnen dieses toxischen und radioaktiven Materials verschossen und dadurch als ultrafeiner Staub in der Umwelt verteilt. Die Folgen für verseuchte Soldaten und die Zivilbevölkerung sind Krebserkrankungen, Nerven- und Hirnschädigungen, schwere Mißbildungen ihrer Kinder und genetische Schäden. Obwohl die Auswirkungen von Uranstaub unter der Bezeichnung "Golfkriegssyndrom" mittlerweile gut dokumentiert sind, üben sich Medien und offizielle Stellen in Verharmlosungen, Lügen oder Schweigen.

1. Schauplatz: Irak nach dem Golfkrieg von 1991.
Dem deutschen Arzt Prof. Siegwart Horst Günther fallen im Universitätskrankenhaus von Bagdad Menschen mit Krankheitssymptomen auf, die er in den 40 Jahren Arbeit in diesem Land noch nie gesehen hat. Als ein Mädchen, das in einem Bombenkrater gespielt hat, bald darauf an Leukämie erkrankt, schöpft Günther Verdacht. Er läßt eines der zigarrengroßen Geschosse, die schwerer als Bei sind, und im früheren Kampfgebiet überall herumliegen, im Diplomatengepäck nach Deutschland bringen und gibt es einem Universitätsinstitut zur Untersuchung - abgereichertes Uran wird festgestellt. Dr. Günther wird verhaftet und zu einer Geldstrafe von 3000 Mark verurteilt wegen Gesundheitsgefährdung durch die "Freisetzung ionisierter Strahlung".

2. Schauplatz: USA und Großbritannien 2000:
Neun Jahre sind vergangen nach Ende der Operation "desert storm", bei der 500.000 US-Soldaten direkt bei Operationen im Irak und Kuweit eingesetzt waren. Beim medizinischen Register des US-Verteidigungsministeriums sind nun 133.000 Soldaten registriert, bei denen unterschiedliche Krankheiten diagnostiziert worden waren. Bei 80% dieser Erkrankten wird das "Golfkriegssyndrom" attestiert, ein Krankheitsbild, das sehr unterschiedliche Symptomcluster zusammenfaßt[1].
Bei Männern wird eine um das Doppelte, bei Frauen eine um das Dreifache erhöhte Wahrscheinlichkeit für Kinder mit Mißbildungen festgestellt[2].

3. Schauplatz: Kosovo 2001
Zwei Jahre nach dem Balkankrieg, wo die NATO mit Zustimmung der rot-grünen Bundesregierung ca. 31.000 Urangeschoße verschossen hat, stellt ein UN-Expertenteam an acht von elf untersuchten Einschlagsorten im Kosovo teils erhebliche Kontaminationen von DU-Munition fest. Die Reaktion von Verteidigungsminister Scharping zu einer eventuellen Gefährdung deutscher Soldaten: "*Alles, was an Informationen zur Verfügung steht, sagt: Ein Strahlenrisiko gibt es nicht.*"[3]
Der italienische Staat wird später in Folge einer Sammelklage den Familien von sechs nach dem Kosovo-Einsatz gestorbenen und 30 schwer erkrankten Soldaten beträchtliche Kompensationen zahlen.

4. Schauplatz: Januar 2003, Bagdad
Als Ärztin und Teilnehmerin einer Friedensdelegation kehrt Dr. Angelika Claußen aus Basra von einem Besuch des Mutter-Kind-Hospitals zurück, wo sich die Raten für Kinderkrebsfälle und Mißbildungen Neugeborener vervielfacht haben. Der ZDF bittet um ein Interview. Vorweg meint der Reporter jedoch: "Kommen Sie bloß nicht damit, daß die Ursache für die vielen, an Leukämie erkrankten Kinder etwas mit abgereichertem Uran zu tun haben könnte. Das wird unser Sender auf keinen Fall bringen!"

Was ist abgereichertes Uran?

DU (englisch: DU=Depleted Uranium) ist ein **Abfallstoff aus der Herstellung von Kernbrennstoff für Atomkraftwerke**. Es besteht zum Großteil aus Uran-238, einem Alpha-Strahler mit einer **Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren**. Im Zerfallsprozeß bilden sich kurzlebige Substanzen, die auch **Beta- und Gammastrahlung** aussenden. Wird abgereichertes Uran aus abgebrannten Brennelementen von Atomkraftwerken gewonnen, kann es Spuren von Plutonium enthalten. Als schwach radioaktives Material muß es als Sondermüll entsprechend kostspielig gelagert werden. Allein in den USA liegen davon über 700.000 Tonnen.

Was macht Uran für Militärs so interessant?

Uran hat wegen seiner extrem hohen Dichte eine enorme Durchschlagskraft. Ein 1-Liter-Tetrapack mit Uran gefüllt würde 19 kg wiegen. Es **durchdringt Panzerungen wie Butter,** der entstehende Uranstaub entzündet sich dabei und verstärkt so die Zerstörungswirkung. Der Preis dieser "Wunderwaffe" ist hingegen für militärische Verhältnisse geradezu lächerlich: 2000 Euro für ein Geschoß.

Geschätzte Mengen der bisher eingesetzten Uranmunition durch die USA und ihre Verbündeten: Irak 1991: 320t, Irak 2003: zwischen 21,8t (Quelle: US-Armee) und 1000-2000t (UNEP), Bosnien 1995 und Jugoslawien/Kosovo,1999- etwa 12t [4].
Weiters in Afghanistan, wo in Urinproben der Bevölkerung teils hohe Uranbelastungen festgestellt wurden[5], und nach Israels Angriff auf Libanon 2006, wo in den Erdproben zweier Bombenkrater Urankontamination

gefunden wurde[6]. Uranmunition besitzen auch Staaten wie Großbritannien, Rußland, Türkei, Pakistan, Saudi-Arabien, Thailand und Frankreich.

Warum ist Uranstaub aus detonierten Geschossen so gefährlich?

Abgereichertes Uran hat eine um 40% geringere Strahlung als natürlich vorkommendes Uran, und die Reichweite der darin überwiegenden Alpha-Strahlung beträgt nur wenige Zentimeter. Diese Tatsachen wurde oft zur ungerechtfertigten Beruhigung der Öffentlichkeit mißbraucht. Denn die tatsächliche **Gefahr des DU - Staubs besteht in seinem Charakter eines Ultra-Feinstaubs mit einer Partikelgröße unter 2,5 Tausendstel Millimeter.** Dadurch können DU-Partikel in der Luft schweben wie ein Gas. Einmal vom Menschen eingeatmet, oder über die Nahrung oder Haut aufgenommen, können die Nanopartikel wegen ihrer Winzigkeit überall hingelangen, über das Lungengewebe in die Blutbahn und in Organsysteme. Die körpereigene Abwehr ist auf derart winzige Partikel nicht eingerichtet. Jedes Uranteilchen verhält sich im Körper als strahlende Quelle, die dauerhaft auf die Zellen der Umgebung wirkt und deren genetisches Material schädigen kann.

Außerdem hat Uran als Schwermetall eine stark toxische Wirkung, die in verstärkende Wechselwirkung mit der radiologischen Schädigung tritt. Dies gilt in noch viel stärkerem Maße für das hochgiftige Plutonium, dessen Vorkommen in den Urangeschossen des Kosovos jetzt vom Pentagon bestätigt wurde.

Krankheitsbilder laut Dr. Siegwart H. Günther

1) Zusammenbruch des Immunsystems mit deutlich ansteigenden Infektionskrankheiten.
2) Ausgedehnte Herpes- oder Zosterbildungen (Gürtelrose), auch bei Kleinkindern.
3) Aids-ähnliche Erscheinungen, auch bei Kleinkindern.
4) Funktionsstörungen von Nieren und Leber.
5) Leukämie oder andere Krebsbildungen, Knochenmarksveränderungen.
6) Genetisch bedingte Mißbildungen
7) Fehl- oder Frühgeburten.

Forschungsergebnisse zu den gesundheitlichen Auswirkungen

Auch zwei US-amerikanische militärische Forschungseinrichtungen warnten ausdrücklich vor den Gefahren abgereicherten Urans:
U.S. General Accounting Office 1993: "nicht lösliche Oxide, die inhaliert wurden, verbleiben länger in der Lunge und stellen ein potentielles Krebsrisiko dar infolge der radioaktiven Strahlung. Über die Nahrungskette aufgenommene Teilchen stellen ein radioaktives und ein toxisches Risiko dar."[7] Auch das **Army Environmental Policy Institute** stellt **1995 fest:** "Wenn DU in den Körper gelangt, hat es die Fähigkeit, signifikante medizinische Folgen zu hinterlassen..."[8]

Dennoch heißt es im Schlußbericht des Presidential Advisory Committee of Gulf War Illnesses 1996:
"*Es ist unwahrscheinlich, daß die Gesundheitlichen Auswirkungen, die von den Golfveteranen beklagt werden, auf die Exposition mit DU zurück zu führen sind.*"

Krankheitsfälle im Südirak
Die Zahl der Neuerkrankungen an Krebs pro Jahr und 100.000 Kinder hat sich zwischen 1993 und 2001 im Vergleich zu 1990 vervierfacht. Die Rate des Neuauftretens von kindlichen Mißbildungen hat sich mehr als verfünffacht: von 3.04 Fälle auf 1000 Geburten 1990 auf 17.6 Fälle auf 1000 Geburten im Jahr 2000. Diese Zahlen sind weiter ansteigend. Interessant ist außerdem die Tatsache, daß die erkrankten Kinder zu einem großen Teil von Vätern stammen, die im 1991er-Krieg gekämpft und überlebt hatten. Aber auch die Anzahl der Krebserkrankungen bei Erwachsenen hat sich erheblich erhöht: Von 11 Neuerkrankungen pro 100.000 im Jahre 1988 auf 123 Neuerkrankungen pro 100.000 im Jahre 2002. [9]

Aufgrund dieser Entwicklung hat der **Irak schon 2001 ein Ansuchen an die WHO gerichtet, eine breit angelegte Untersuchung durchzuführen**. Sowohl WHO als auch das Komitee für Abrüstung und internationale Sicherheit befürworteten diese Initiative. Die Sache scheiterte, weil die US-Regierung die Bedingung stellte, der Irak müsse der WHO sämtliche Meßgeräte zur Verfügung stellen, und die gesamten Kosten der Studie zahlen. Dazu war die Irakische Regierung unter den prekären Bedingungen des Embargos nicht in der Lage.

Der Lloyd-Report, eine unabhängige britische Untersuchungskommission, kommt 2004 zu dem Schluß, daß ein zweifelsfreier Zusammenhang zwischen dem Golfkrieg und den Krankheiten besteht, von denen ca. 10% (5.500) aller dort eingesetzten Soldaten betroffen sind. Als wahrscheinliche Ursache wird abgereichertes Uran in Kombination mit weiteren Faktoren wie Impfungen und Streß genannt.

Uranstaub kennt keine Grenzen

Da Wüstensand von Stürmen über tausende Kilometer vertragen werden kann, gilt dies verstärkt auch für Uranstaub. In England wird Uran in der Luft mittels mehrerer Hochleistungs-Luftfilter routinemäßig durch das Atomwaffeninstitut AWE in Berkshire gemessen. Am Beginn des Irakkriegs gab es eine signifikante Erhöhung der Uranwerte in allen Filtern, die bis zum Ende des Krieges angehalten hat. In der Stadt Reading wurde der

von der Umweltagentur festgesetzte Schwellenwert von 1000n/Bq/m³ zwei Mal überschritten.[10]

Gegen das Völkerrecht

Waffen, die die Zivilbevölkerung treffen, sind vom Völkerrecht geächtet. Der Einsatz von Uranmunition muß daher sofort von den Regierungen ausdrücklich verboten werden! Denn keine Macht der Welt hat das Recht, auf ihren Kriegsschauplätzen die Menschen noch lange nach Ende des Krieges zu vergiften.

1 Dr. med. Angelika Claußen, Sachverständigenstellungnahme, Irak-Tribunal, Berlin 19.6.04

2 Rosalie Bertell, "Depleted Uranium…" in: International Journal of Health Services, 2006, Vol. 36, Nr.3, S. 514

3 WDR, Monitor 10.1.2001

4 Claußen, a.a.O., S. 4f

5 Teddy Weymann, Uranium Medical Research Center, in "Zeitfragen" 11.9.06

6 "Independent" vom 28.09.06

7, 8, 9 Claußen, a.a.O.

10 Chris Busby, Univ. Liverpool, Experte für Radioaktivitätsgefahren, Veteranenvertreter, in "Zeitfragen" 11.9.06

Was können Sie tun?

*• Unterstützen Sie die **Internationale Petition für ein Verbot von Uranwaffen** http://web.bandepleteduranium.org/campaign/?id_topic=1&id=1*

• Schreiben Sie Briefe an Zeitungen und Politiker, um ein Verbot der Uranwaffen zu fordern. Verbreiten Sie diese Informationen weiter!

Filmempfehlung (DVD): "Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra" Ein Film, des deutschen Filmemachers Frieder Wagner über eine Reise in den Irak mit Arzt Dr. Siegwart Horst Günther und dem Wissenschaftler Teddy Weymann.
25 Euro plus Versandkosten, zu bestellen beim Filmemacher: ochowa-film@t-online.de, Tel.+Fax:++49(0)221-322518

Die Klärung der Donau und sonstige Klarstellungen

von Christiane Schmutterer

6

Heute habe ich mich endlich getraut. Heute war ich zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder in der Donau schwimmen. - Es war herrlich: Mit bloßen Füßen über die runden Kiesel hinein ins Wasser, das selbst nach Tagen tropischer Hitze mit seiner Kühle noch einen Erfrischungsschub bringt, der besser einfährt als zwei große Braune. Die Kraft der Strömung spüren, den feinen Duft des Wassers atmen, sich eins fühlen mit der uralten Lebensader Europas.

Bilder aus meiner Kindheit steigen auf: In den 60er Jahren waren wir immer in der Donau baden - das gehört zu den schönsten Erinnerungen. Dann wurde das Wasser immer schmutziger, unappetitlicher, gesundheitsgefährdend von den Industrieabwässern. Im Namen des Fortschrittes schien es für immer aus mit dem Vergnügen.

Doch heute hat die Donau hat in Österreich heute wieder durchgehend Gewässergüte 2 erreicht, das entspricht Badequalität. Zwar gibt es immer wieder mal spontane Verschmutzungen durch die Schiffahrt oder bei starken Regenfällen durch Einflüsse von Rohabwässern. Doch im Regelfall verläßt durch konsequente Abwassersanierung das Wasser heute selbst eine Großstadt wie Wien kaum schmutziger als es in sie einfließt. Ein erfreulicher, ja sensationeller Erfolg!

Der Klärung des Donauwassers ging ein Jahrzehnte währender Kampf um eine Klärung des öffentlichen Bewußtseins voraus: Daß eine lebenswerte Umwelt ein kostbares Gut ist, auf dessen Erhaltung wirtschaftliche Interessen Rücksicht zu nehmen verpflichtet sind.

Wer hat diesen Kampf gefochten? **Bei wem darf ich mich bedanken?** Bei jenen umsichtigen Politikern, die strenge Gesetze zur Abwasserbehandlung erlassen haben? Bei - jetzt kommt der Wermutstropfen - einigen industriellen Großverschmutzern, die als Konsequenz einfach in andere Länder abgewandert sind, wo die Entwicklung zeitverzögert und Verschmutzung NOCH, aber auch dort immer weniger, toleriert wird? Bei den Medien, die durch ihre Berichterstattung öffentlichen Druck verbreitet haben? Politiker reagieren auf Druck, Medien reagieren auf vorhandene Interessen. **Wahrhaft zu danken ist all jenen Menschen, die das Anliegen des Umweltschutzes schon vor Jahrzehnten in ihr Herz aufgenommen haben, als es allgemein noch als "Spinnerei" abgetan wurde.** Die sich gegen den Strom der herrschenden Heilslehre des alleinseligmachenden wirtschaftlich-industriellen Fortschritts aufgelehnt haben. Die das Anliegen als unermüdliche Botschafter in Familie, Bekanntenkreis, unter Arbeitskollegen, in ihrer Gemeinde weiterverbreitet haben. Die Briefe geschrieben haben, die demonstrieren gegangen sind, die beim Biobauern gekauft haben, und so ganz konkret einen Beitrag zur Minderung der Nitratbelastung des Grundwassers geleistet haben.... jenen zum Trotz, die immer schon wußten, daß "man da nix machen kann".

Es ist meine Überzeugung, daß solche Menschen, die selbstlos und oft gegen eine schier unbesiegbar scheinende Phalanx von gesellschaftlicher Konvention und "Zwängen des Faktischen" auftreten, einfach weil sie es für richtig empfinden, die wahren und einzigen Keimzellen jedes gesellschaftlichen Wandels sind. Es ist meine Überzeugung, daß keine dafür eingesetzte Energie je verloren geht: Kein Gespräch, keine Geste des Widerstands, keine bewußte Kaufentscheidung, keine kühn geäußerte Vision einer besseren Welt. Nur ist ein Bewußtseinswandel einer Gesellschaft schwerfällig wie ein Ozeandampfer und es kann Jahrzehnte

Fortsetzung Seite 8

Alexander Tollmann ist gestorben

Wir geben in tiefer Trauer bekannt, daß unser langjähriger Obmann und Ehrenobmann, Univ.-Prof. Dr. Alexander Tollmann, am 8. August 2007 im Alter von 79 Jahren verstorben ist.

Sein Name ist unauflöslich verknüpft mit der Volksabstimmung über das Atomkraftwerk Zwentendorf am 5.11.1978. Tollmann warnte vor den nicht kontrollierbaren Risiken der Atomenergie und insbesondere vor dem geologisch ungeeigneten Standort Zwentendorf, sowie der Unmöglichkeit, aufgrund der geologischen Bedingungen in Österreich ein sicheres Endlager zu errichten. Sein unermüdlicher, beispielhafter Einsatz an vorderster Front auch noch viele Jahre nach der Volksabstimmung hat entscheidend dazu beigetragen, daß in Österreich heute kein Atomkraftwerk steht.

Tollmann war einer der Mitbegründer und führenden Köpfe der österreichischen Umweltschutzbewegung. Die Zeitung "Neue Argumente" hat er seit deren Entstehung 1980 bis Ende der 90er Jahre geprägt. Als Universitätsprofessor für Geologie hat er ein umfangreiches wissenschaftliches Werk hinterlassen, das in der Fachwelt weit geschätzt wird.

Das Gedenken an Tollmann und den Sieg einer demokratischen Basisbewegung möge all jenen, die sich heute der Atomindustrie und anderen menschenfeindlichen Machtblöcken entgegenstellen, die Gewißheit geben, daß der Kampf "David gegen Goliath" nie von vorneherein vergeblich ist.

Erinnerungen an Alexander Tollmann

Der aufrechteste Mensch, den ich je kennen lernte, ist von uns gegangen. Kompromißlos und ohne jede Rücksicht auf sich und seine Familie setzte er sich für die Wahrheit ein. Jeder, der ihn wirklich kannte, konnte nur staunen über die Energie und Zielstrebigkeit, mit der er das von ihm als richtig Erkannte verfolgte. Meine ersten Begegnungen mit ihm fielen in eine Zeit, als er durch die Kenntnis fachlich unrichtiger Gutachten, die der Allgemeinheit unzugänglich waren, zum erklärten Atomkraftgegner geworden war. Es war die Zeit des dramatischen Ringens um die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf. Das geschah vor nun fast dreißig Jahren. Tollmann warf sein ganzes Fachwissen in die Waagschale, sein unermüdlicher, beispielhafter Einsatz an vorderster Front hat trotz Verleumdungen entscheidend dazu beigetragen, daß durch die damalige Volksabstimmung Österreich von dieser gigantomanen, gefährlichen und unnötigen Technologie verschont blieb.

Die Gründung der "Arbeitsgemeinschaft Nein zu Zwentendorf", wie sie damals noch hieß, fällt in diese bewegten Tage. Für jüngere Menschen, die diese Ereignisse nicht miterlebten, ist heute kaum nachzuvollziehen, mit welcher Intensität sich dieser Abstimmungskampf abspielte. Tollmann hat alle diese Ereignisse in seinem Buch "***Desaster Zwentendorf***" minutiös festgehalten. Die entscheidende Mehrheit von nur 30.000 Stimmen bei der Volksabstimmung am 5. November 1978 ließ jeden der bis an die Grenze der Belastbarkeit sich strapazierenden Mitstreiter das eigene Engagement an dem endlich errungenen Sieg doppelt sinnvoll erscheinen. Wirklich bewundernswert war Tollmanns unglaubliche Zivilcourage, wie er sich z.B. bei einer Bürgermeisterversammlung in Zwentendorf Zutritt verschaffte und dem damaligen Bundeskanzler Kreisky vor laufender Fernsehkamera seine Argumente entgegenschleuderte.

Auch nach der Volksabstimmung war er unermüdlich tätig, in unzähligen Sitzungen konnte ich seine kluge Vorausschau und seine unmittelbare Aktivität erleben. Das Thema Zwentendorf war ja lange nicht vom Tisch. Die Größe des persönlichen Opfers, das von ihm in diesen Jahren erbracht wurde, da ihm für seine eigentliche geologische Arbeit kaum Zeit blieb, können wir gar nicht ermessen. Er war ja weltweit einer der bedeutendsten Geologen. Das Wirken Alexander Tollmanns wird ein Markstein in der jungen Geschichte des österreichischen Umweltschutzes bleiben. Sein Name wird immer damit verbunden sein.

Tobias Kühne

"Das Zwentendorfer Ergebnis stört mein pessimistisches Weltbild erheblich."

Prof. Dr. Lazslo Trunko, deutscher Geologe und Anti-Atom-Aktivist

dauern, bevor die Kursänderung manifest wird - wodurch es dem Einzelnen aus der Perspektive des Augenblicks oft scheinen mag, seine Aktivitäten hätten keine Wirkung.

"Da kann man nix machen, DIE machen doch eh, was sie wollen"

Schauplatz: Wiener Innenstadt. Mit Aktivisten von befreundeten Organisationen sammeln wir Unterschriften gegen die Beteiligung Österreichs an den EU-Kampftruppen. Der Großteil der Leute reagiert auf Ansprechen gar nicht, belästigt-genervt oder resigniert. Nur langsam füllen sich die Listen. Eine typische Antwort ist "*da kann man nix machen, DIE machen doch eh, was sie wollen*" oder auch: "*Ich unterschreibe gar nichts, meine Adresse gebe ich nicht her*". Wie, denke ich mir, andere haben früher unter Einsatz ihres Lebens dafür gekämpft, damit du heute in Frieden und Freiheit leben kannst, in einem Land, in dem (noch) niemand wegen politischer Überzeugungen ins Gefängnis geworfen und gefoltert wird, aber du bist heute nicht mal bereit, eine Unterschrift zu leisten, die dich nichts und gar nichts kostet! Du, der du **im Vergleich mit anderen Ländern der Welt immer noch wie in Milch und Honig lebst, bist du dir nicht bewußt, daß du darin von den Früchten des Muts und der Taten voriger Generationen zehrst?** Die konnten "was machen", und Du konsumierst Freiheit heute als Selbstverständlichkeit, aber kannst selber gar nichts mehr tun?! Welch kleinliche Ausrede, hinter der in Wahrheit doch nur die Bequemlichkeit steckt. Das Traurige ist, daß solche Menschen unwillkürlich zu den besten Stützen bösartiger Machtpolitik werden. Denn wenn immer mehr Leute "nichts mehr machen können", **haben DIE uns genau da, wo sie uns haben wollen**: dann können SIE immer ungehinderter machen, was **SIE** wollen.

Wie war das noch in Zwentendorf?

Ein fertig gebautes Atomkraftwerk, eine Millioneninvestition, soll nicht in Betrieb gehen? Da sagt die "Vernunft" doch: "Chance gleich null, verschwende da ja nicht deine Energie."

Doch die "Unvernünftigen" haben den Sieg davongetragen. Zwar nur mit hauchdünner Mehrheit und auch dank glücklicher Umstände in den politischen Verhältnissen. Doch das ist keine Einschränkung, sondern zeigt im Gegenteil gerade, worauf es ankommt: schlechten Chancen zum Trotz das Richtige tun, denn man weiß nie, welche glücklichen Fügungen unverhofft zu Hilfe kommen. Doch wer die Segel dann nicht schon aufgespannt hat, kann den guten Wind nicht nutzen. Die Entscheidung über Sieg oder Niederlage fällt nicht im Schielen auf die Chancen, sondern im Geist: Bin ich bereit, für meine Herzenswerte aktiv einzutreten, unabhängig von den Chancen, und schlimmstenfalls auch noch nach einer Serie von Niederlagen? Solange der Geist des Widerstands lebendig ist, ist nichts verloren. Doch selbst Erreichtes bleibt nicht auf ewig geschenkt, sondern muß immer aufs neue verteidigt werden - wie jetzt im Fall des Umwelthaftungsgesetzes.

Niemand ist eine Insel. Wir alle sind Teile eines Ganzen, Zellen des gesellschaftlichen Körpers. Jede hat ihre unersetzbare Funktion in diesem wunderbaren Gewebe. Jede kann sich entscheiden, welche Art von Austausch sie mit ihrer Umgebung eingeht: kraftspendend oder resignierend? Einer allein kann nichts tun. Doch wenn einer nichts tut, wer dann wird es tun?
Nimm dir ein Herz und guten Mut und gibt uns eine Tat.

Wenn einer, der bescheiden seine Schafe unter dem Sternhimmel hütet, sich seiner Rolle bewußt wird, entdeckt er, daß er mehr ist als ein Knecht. Er ist eine Schildwache. Und jede Wache ist verantwortlich für das ganze Reich.

Antoine de St. Exupery

VERLAGSPOSTAMT 1200 WIEN
P.b.b. Reg.-Nr. 02 Z032 727M Erscheinungsort Wien

Bei Unzustellbarkeit bitte zurück an:
1200 Wien, Pasettistr. 89/12

IMPRESSUM
Medieninhaber und Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft JA zur Umwelt, NEIN zur Atomenergie, Pasettistr. 89/12,1200 Wien
Tel.+Fax 01-332 6106 Internet: **www.arge-ja.at, arge@arge-ja.at**
Redaktion: Christiane Schmutterer, **arge@arge-ja.at**
Obmann: Univ.-Prof. Dr. DI August Raggam
Bankverbindung: Raikabank Wien, BLZ 32000 Kto. Nr.02.820,678
Grafische Gestaltung: Christiane Schmutterer
Druck: W. Leukauf GmbH, 1220 Wien, Obachg. 10
Namentlich gekennzeichnete Beiträge oder solche, die deutlich als aus anderen Publikationen abgedruckt erkennbar sind, **müssen nicht die Meinung der Redaktion darstellen** und liegen nicht in ihrer Verantwortung.